

Herrn
amtsführenden Stadtrat
der Geschäftsgruppe
Bildung, Jugend, Integration und Transparenz
Vizebürgermeister
Christoph Wiederkehr, MA

Beschluss-(Resolutions-)Antrag

der Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA (FPÖ) und Stefan Berger (FPÖ) an Herrn amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Integration und Transparenz Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr, MA zu Post Nr. 1 der Tagesordnung (Bildung, Jugend, Integration und Transparenz) für den Gemeinderat am 27.11.2023 - 28.11.2023.

Verhinderung einer Einbürgerungsoffensive in Wien

Seit einiger Zeit wird in der Medienlandschaft vom Bestreben des Bürgermeisters berichtet, Migranten verstärkt zu „motivieren“, die österreichische Staatsbürgerschaft zu beantragen. Um den Zugang zur Staatsbürgerschaft zu erleichtern, sollen die Gebühren für die Einbürgerung deutlich abgesenkt werden. Auch der Bundesparteitag der SPÖ zeigte anhand von Anträgen, dass die Latte für die Einbürgerung noch weiter nach unten gesenkt werden soll.

Die politische Stoßrichtung dieser Initiativen ist mit Nachdruck abzulehnen. Die Verleiung der österreichischen Staatsbürgerschaft darf bestenfalls am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses stehen. Sie ist aber kein Beitrag für eine Integration von Zuwanderern. Gerade die derzeit täglich stattfindenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen eingewanderten Bevölkerungsgruppen auf Wiener Straßen - unter diesen finden sich mit Sicherheit viele, die bereits österreichische Staatsbürger sind - zeigen das klägliche Scheitern der Integrationsbemühungen in Wien. Parallel- und Gegengesellschaften haben sich längst etabliert, Konflikte aus fremden Staaten werden so nach Österreich hereingetragen. Wenn jetzt seitens der Wiener Behörden eine „Einbürgerungsoffensive“ angedacht wird, würden sich diese negativen Entwicklungen weiter verfestigen und ein Gegensteuern verunmöglichen. Der Verdacht liegt nahe, dass durch forcierte Einbürgerungen schlachtweg neue Wählergruppen für Rot, NEOS und Grün organisiert werden sollen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

Beschlussantrag

Der Wiener Gemeinderat lehnt die Erleichterung der Einbürgerung und den Beginn einer „Einbürgerungsoffensive“ mit Nachdruck ab.

In formeller Hinsicht beantragen wir die sofortige Abstimmung.

